

# Breslauer Zeitung.

Bierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den 7. Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 60 Pf.

Expeditio: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 592. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 18. December 1876.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 32. Sitzung des Reichstages (16. December).

1 Uhr. Am Tische des Bundesraths Hofmann, v. Mittnacht, Stephan, Herzog, v. Pommer-Eiche.

Zu definitiver Abstimmung genehmigt das Haus zunächst den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Reichstags-Wahlkreise, und erledigt dann in dritter Verlesung den Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Zur dritten Verlesung der summarischen Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875 und der Nachweisung bei dieser Verwaltung im Jahre 1875 beantragt die Abgg. Dr. Vingsens und Kieper, den Reichskanzler zu ersuchen, die allgemeine Rechnung über den Haushalt von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1874 demnächst dem Reichstage zur Entlastung vorzulegen. — Der Antragsteller führt aus, daß nach Art. 72 der Verfassung dem Reichstage die Rechnung für das Jahr 1874 vorgelegt werden müsse, wenn auch derselbe vom Reichstage nicht bewilligt worden sei. Denn es handle sich dabei darum, zu prüfen, ob die Verwaltung sich innerhalb des vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths aufgestellten Etats gehalten habe. In der Commission sei der Antrag abgelehnt, aber nicht, weil man mit demselben principiell nicht einverstanden gewesen wäre, sondern nur, weil man in der Sache nicht klar sah.

Bundescommissar Geh. Rath Pommer-Eiche erklärt sich gegen den Antrag, da der Reichstag nur die Rechnungen prüfen könne, die vorher im Etat seiner Bewilligung unterlegen hätten.

Den Ausführungen des Abg. Kieper schließen sich auch die Abgg. von Benda, Richter und Schröder-Königsberg an. Der Antrag wird darauf mit sehr großer Majorität angenommen.

In Betreff der Allgemeinen Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für 1877 wird beschlossen, die Etatsüberschreitungen zu genehmigen und den Reichskanzler zu entlasten.

Es folgt der Bericht der Budgetcommission über den Antrag des Abg. Dr. Duden, betreffend die Aufnahme einer Postion von 6000 Mark für das Körner-Museum in Dresden in den Haushaltsetat des Deutschen Reiches für das Jahr 1877.

Die Commission schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

Referent Abg. Grumbrecht bemerkt zur Begründung dieses Votums, daß trotz einer Anerkennung, welche die Budgetcommission dem gemeinnützigen und nationalen Unternehmen zolle, wie dasselbe durch den Antragsteller geschildert worden sei, dieselbe den Antrag selbst einstimmig als finanziell unausführbar erkannt habe, einmal, um nicht einen folgereichen Präcedensfall zu schaffen und dann, da einem Privatmann als Eigentümer einer gemeinnützigen Sammlung aus Reichsmitteln eine jährliche Unterstützung nicht gewährt werden könne, ohne daß vorher Bedingungen festgesetzt wären, die das Zusammenbleiben der Sammlung sicherstellten. Zu langwierigen Verhandlungen hierüber sei aber dieser Reichstag nicht mehr in der Lage.

Abg. Dr. Duden: Ich habe meinen früheren Ausführungen sachlich Nichts hinzuzufügen und verzichte, wenn auch mit lebhaftem Bedauern auf das ausschließliche Beginnen, gegen den Beschluß der Budgetcommission anzukämpfen. Nach Ablehnung meines Antrages bleibt mir Nichts als die Hoffnung, der ich hier Ausdruck gebe, daß die Regierung des Königreichs Sachsen und die Behörden der Stadt Dresden das Körner-Museum nicht werden untergehen lassen. Meinen Antrag ziehe ich zurück.

Es folgt die Verlesung der vom Abg. Moske vorgeschlagenen und einer Commission überwiesenen Resolution, betreffend die Seeschiffahrts-Zeichen.

Referent v. St. Paul-Blaire befragt den Antrag der Commission: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, welcher die Herstellung und Unterhaltung der Seeschiffahrtszeichen an den Küsten, auf den Küstengewässern und Flußrebeten, soweit dieselben von Seeschiffen befahren werden, der einheitlichen Regelung durch das Reich unterstellt.“

Präsident Hofmann: Ich habe bereits bei der ersten Verlesung der vom Abg. Moske beantragten Resolution erklärt, daß das Reichskanzleramt mit der Verbeisführung eines einheitlichen Lonnensystems womöglich auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung oder mindestens auf dem Wege einer gleichmäßigen Regulierung der deutschen Schiffahrtszeichen beschäftigt ist. Sollte es nöthig sein, nach Maßgabe der bereits geführten Verhandlungen ein Gesetz vorzulegen, so wird das vom Reichskanzleramt bereitwillig geschehen. Was die Zahl der Leuchtfeuer betrifft, so sind bereits bisher durch die Ausführung des Obergerichtspräsidenten des Reiches wesentliche Verbesserungen in Vermehrung von Leuchtfeuern erzielt worden. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nicht schon durch die bloße Einwirkung des Reichs auf die einzelnen Seestaaten es möglich sein würde, diejenigen Leuchten, die auf diesem Gebiet noch vorhanden sind, auszufüllen; sollte das aber nicht der Fall sein, so wird die Reichsregierung durch eine Gesetzesvorlage sich die Befugnis geben lassen, einzuschreiten, die erforderlichen Leuchtbürme zu erbauen und Leuchtschiffe aufzustellen; natürlich würde dies dann auch auf Kosten des Reichs geschehen müssen.

Abg. Haupt bespricht sich lebhaft über die Hindernisse und Verzögerungen, welche die medlenburgische Regierung und die medlenburgischen Stände dem längst allgemein als ein dringendes Bedürfnis anerkannten Bau eines Leuchtfeuers erster Klasse an den medlenburgischen Küsten entgegensetzen und fordert ein energisches Einschreiten des Reichs.

Bundesbevollmächtigter für Mecklenburg v. Prollius hält diese Beschwerde für übertrieben; Mecklenburg verweigere den Bau keineswegs; es sei nur noch über die Frage, wer die Kosten zu tragen habe, eine Einigung erzielt worden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Dohrn kann es nicht gerechtfertigt finden, daß nach der Erklärung des Präsidenten des Reichskanzleramtes denjenigen Landesregierungen, die in dieser hochwichtigen Frage ihre Schuldigkeit nicht thun, schließlich noch die Lasten auf Reichskosten abgenommen werden sollen.

Präsident Hofmann: Es liegt dieser Auffassung wohl ein Mißverständnis zu Grunde. Wenn ich davon sprache, daß das Reich unter Umständen auch die Kosten übernehmen würde, so geschah das nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß durch die gesetzliche Regulierung dieser Sache das Eigentumsrecht der betreffenden Anstalten ebenso wie die gesammte Verwaltung derselben auf das Reich übergeben würde.

Abg. Moske: Ich ziehe meine ursprüngliche Resolution zu Gunsten des Commissionsantrages zurück. Ich verkenne nicht, daß das Reichskanzleramt die wohlwollende Absicht hat, eine einheitliche Regulierung der Seeeichen und des Lonnens- und Balenwesens herbeizuführen; ich bemerke aber, daß lediglich die Bestimmungen der Reichsverfassung Art. 4 Nr. 9 dem Reich die Macht geben, solche Absichten auch gegen den Widerspruch der Einzelstaaten durchzuführen und solchen Widerspruch wird das Reichskanzleramt nicht allein in Mecklenburg, sondern auch in anderen Seestaaten begegnen. Erst die Einbringung und Annahme eines Gesetzes, wie die Resolution es verlangt, würde dem Reichskanzleramt die zur Ausführung seiner löblichen Absichten nöthige Machtbefugnis geben. Im Uebrigen möchte ich das Reichskanzleramt bringen ersuchen, von der Absicht, abzulehnen, da ein solcher Weg ohne Retorsionszölle kaum durchführbar sein und die so dringend notwendige Regulierung dieser Frage wenigstens auf nationalem Wege lediglich verzögern würde.

Nachdem der Abg. Wiggers hierauf nochmals das energische Einschreiten des Reichs gegen die medlenburgische Regierung in Betreff des Leuchtbauwesens dringend empfohlen, da nur auf diesem Wege von Mecklenburg etwas zu erreichen sei, wird der Antrag der Commission mit großer Mehrheit vom Hause angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der siebenten Abtheilung über Unregelmäßigkeiten bei der früheren Wahl des Herzogs von West im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirkes Opperl.

Ref. Abg. v. Cuny beantragt Namens der Abtheilung, den Reichstagsbeschluß vom 21. Januar v. J. durch welchen der Reichskanzler ersucht wurde, über jene Unregelmäßigkeiten Untersuchung anstellen und nähere Mittheilungen machen zu lassen, nach dem vom Reichskanzler unter dem 29. October und 2. November v. J. gemachten Mittheilungen für erledigt zu erklären.

Abg. Schröder (Pippstadt): Der Wahlkreis, um den es sich hier handelt, gehört zu den höchsten. Es sind diejenigen, welche gegen den Herzog von West gestimmt haben, von den Beamten unter irgend Vorwände in Strafe genommen worden, während die Polizei selbst lebhaft für den Herzog von West agitirt hat. Ich muß deshalb bitten, auf diesen Wahlkreis ein wachsam Auge zu haben, und die deutsche Reichspartei, welche ja diesmal wiederum dort zu candidiren gedenkt, möge selbst Vorkehrungen treffen, daß derartige Unregelmäßigkeiten nicht wieder vorkommen.

Das Haus tritt dem Antrage der Commission bei. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet der mündliche Bericht der ersten Abtheilung über die Ausführung des vom Reichstage über die Wahl im 6. Sumbinner Wahlkreise am 9. December 1874 gefassten Beschlusses.

Berichterstatler Abg. Hüllmann: Durch jenen Beschluß wurde die Wahl des Regierungspräsidenten v. Puttkamer beanstandet und der Reichskanzler ersucht, gerichtliche Untersuchung über die angeblichen Unregelmäßigkeiten zu veranlassen. Diese Untersuchung hat stattgefunden; inzwischen ist der Beschluß der Hauptkammer nach dadurch erledigt worden, daß der Regierungspräsident v. Puttkamer sein Mandat selbst niedergelegt hatte. Es konnte also eine weitere Verfolgung nur dann stattfinden, wenn strafrechtliche Bedenken vorlagen oder Rectificationen erforderlich waren. Das ist aber nicht der Fall.

Der Gegenstand ist hiermit erledigt. Ueber die Wahl im 4. Königsberger Wahlbezirk referirt Abg. Dypenheim und beantragt Namens der Abtheilung, die auf den Baron v. d. Golz gefallene Wahl zu beanstanden und den Reichskanzler aufzufordern, über die im Protokoll beauftragten Unregelmäßigkeiten Untersuchung anstellen zu lassen. Das Haus nimmt den Antrag ohne Debatte an.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident v. Jordan bederaumt die nächste Sitzung auf Montag 11 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung die dritte Lesung der Justizgesetze.

Abg. Dr. Lucius (Erfurt) zeigt dem Hause an, daß er am Schluß der nächsten Sitzung den Antrag stellen werde, die von der Majorität an eine Commission verwiesene Vorlage wegen Erhebung von Retorsionszöllen dieser Commission wieder zu entziehen und die zweite Lesung in der folgenden Sitzung im Plenum vorzunehmen, weil die Verhandlungen der Commission Anlaß zu der Befürchtung gäben, daß der Gesetzentwurf dort begraben werde.

Abg. Laster: Nach der Censur, die der Vordröner der Commission ertheilen zu dürfen geglaubt hat, muß ich annehmen, daß es in derselben zu einem Streit gekommen ist. Ich will hierauf nicht näher eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß nach Lage der Dinge und nach dem Wunsch des Landes es vor Allem darauf ankommt, die Justizgesetze durchzuführen und daß kein Gesetz wichtiger ist, als diese Verlesung, welcher diese Session eigentlich gewidmet ist, zu unterbrechen.

Abg. v. Unruh: Die Commission hat gestern Abend und heute Morgen Sitzungen gehalten und wird sich heute Abend wieder zu einer solchen versammeln. (Hört! Hört!) Ich glaube, daß dies genügend ist, um sie gegen den Vorwurf des mangelnden Fleißes zu schützen. Daß die Majorität der Commission mit den Ansichten des Herrn Dr. Lucius nicht übereinstimmt, dafür kann ich nichts und dafür kann die Commission nichts.

Präsident v. Jordan bed schlägt vor, die weitere Debatte über diesen Punkt bis Montag zu vertagen, da dieselbe doch nicht eher zum Austrag gebracht werden könne, als bis der Antrag, die Vorlage der Retorsionszölle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, vom Abg. Lucius gestellt sei.

Abg. Richter (Hagen) ist mit der Vertagung der Debatte durchaus einverstanden, glaubt aber, daß ein Antrag auf Aufhebung des Beschlusses einer Commissionsberatung nicht bei Gelegenheit der Feststellung einer Tagesordnung erledigt werden könne, sondern selbst vorher auf die Tagesordnung gesetzt sein müsse. Wie der Abg. Lucius dazu komme, den Antrag, den er am Montag stellen wolle, heute schon anzuführen, wisse er nicht, mit demselben Rechte könne er selbst ihn heute schon anmelden, daß er gegen diesen Antrag stimmen werde.

Abg. Lucius (Erfurt) verwahrt sich dagegen, daß er der Commission Mangel an Fleiß vorgeworfen habe; er habe nur der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Vorlage in der Commission begraben werde.

Abg. Lamberger: Es ist mir während der ganzen Zeit, in der ich dem Reichstage angehören die Ehre habe, noch nicht vorgekommen, daß ein Mitglied desselben, und vor Allem ein solches, das nicht einmal Mitglied der Commission selbst gewesen ist, sich herausgenommen hätte, die Commission vor dem Reichstage zu denunciren, daß sie ein an sie verwiesenes Gesetz mit Absicht zu begraben suche. Ich kann dies nur für eine Ueberhebung von Seiten des Abg. Lucius erklären.

Präsident v. Jordan bed: Ich betrachte den Ausdruck „Ueberhebung“ als einen Ausdruck des persönlichen Tadelns und muß denselben als für den Reichstag nicht zulässig zurückweisen.

Abg. Dr. Lucius (Erfurt): Die Geschäftsordnung ist für mich nicht der einzige Ehrencode, und obgleich der Herr Präsident schon den Ausdruck zurückgewiesen hat, werde ich doch Veranlassung nehmen, mir an einem anderen Orte Genugthuung zu verschaffen.

Präsident v. Jordan bed: Ich muß den Redner unterbrechen und erklären, daß, wenn eine Rectification von Seiten des Präsidenten erfolgt, die Sache damit für das Haus erledigt ist. — (Schluß 4 Uhr.)

Breslau, 16. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Geißdorf zu Rothenburg O.-L. den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Bürgermeister Launer zu Canth im Kreise Neumarkt und dem Steuerrechner Reich zu Breschen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kammerer Bresler zu Neumarkt den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Waisenhaus-Inspector Schach zu Breslau das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Unteroffizier Knant im 2. Nassauischen Infanterie-Regiment Nr. 88 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten königlich sächsischen Beamten zc. Orden verliehen, und zwar: den königlichen Kronen-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens in Brillanten: dem Ober-Hofmarschall Freiherrn v. Könniger zu Dresden; den königlichen Kronen-Orden erster Klasse; dem Ober-Stallmeister, Kammerherrn und Obersten a la suite der Adjutantur, Senst v. Pilsach, zu Dresden; den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Bürgermeister Dr. jur. Georgi zu Leipzig; den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Bauarch Lipsius zu Leipzig, dem Finanzrath v. Noftiz-Fandenborff zu Dresden und dem Amtshauptmann Dr. jur. Plagmann zu Leipzig; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Polizei-Lieutenant Knobloch zu Leipzig; sowie den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Polizeidirector Häder zu Leipzig und dem Vice-Bürgermeister Dr. jur. Tröndlin daselbst.

Der Lothringischen Eisenbahn-Gesellschaft ist für das preussische Staatsgebiet die Erlaubnis zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Verlängerung der Eisenbahnlinie Courcelles a. d. Nied-Teichen in der Richtung auf Willingen für die Zeit bis zum 30. September 1877 erteilt worden.

Breslau, 16. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] kehreten gestern Abend 6 Uhr 15 Minuten von der Königs-Wusterhausenener Hofjagd zurück.

Heute nahmen Allerhöchstdieselben die Vorträge des Militär- und des Civilcabinetts, sowie Meldungen von dem Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel und demnachst von dem zum Commandeur der 8. Cavallerie-Brigade ernannten Obersten von Prosowski, früheren Commandeur des 1. Garde-Dräger-Regiments, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern

den Besuch Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich der Niederlande und heute der Prinzessin Marie der Niederlande, Fürstin v. Wied.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] besuchte gestern Abend, nach der Rückkehr von der Hofjagd in Königs-Wusterhausen, die Vorstellung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. (Reichsanz.)

[Se. Majestät der Kaiser und König] begaben sich am Donnerstag, Nachmittags 6 1/2 Uhr, in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen, Ihrer königlichen Hoheiten der Prinzen Carl und Friedrich Carl, des Prinzen August von Württemberg, sowie Ihrer Durchlauchten des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und des Prinzen Heinrich VII. Reuß, zur Abhaltung der diesjährigen Hofjagd nach Königs-Wusterhausen. Se. Majestät fuhren, von der gesammten Einwohnerschaft mit lebhafter Begrüßung empfangen, Abends um 7 Uhr durch die festlich geschmückte und hell erleuchtete Stadt auf dem Schloßhofe ein, begrüßten die Jäger, wandten Allerhöchstdieselben zunächst an die dort aufgestellte Schützling, welche ein jubelndes „Sei Dir, im Siegertranz“ ertönen ließ, und nahmen sodann mit den Söhnen und Söhnen Jagdgästen im Jagdschloß Quartier. Se. Majestät und königl. Hoheit der Kronprinz konnte erst am nachfolgenden Morgen eintreffen. Bei der Tafel, zu welcher auch mehrfache Einladungen an Einwohner der Stadt ergangen waren, spielte das Roskold'sche Cornett-Quartett. Der Abend vereinigte die Jagdgesellschaft im historischen oberen Saale bei Thonpfeife und in Steintrügen gereichtem Bier in gewohnter Weise, unter Erinnerungen an alte Zeiten, um den alten Eidschwur.

Am Freitag Morgen 8 1/2 Uhr erfolgte der Aufbruch zur Jagd, zunächst mittelst Ertrages bis Halbe und dann zu Wagen nach dem Rebevous im Jagden 109. Belauf Buchholz der Oberförsterei Hammer.

Mit einem abgestellten Treiben auf Roth-, Dam- und Schwarzwild begann die Jagd; ihm folgte das Dejeuner im Walde, der zweite nur theilweis zugestellte Treib am Brandluch und ein freies Treiben in dem Belauf Neubrück. Um 3 Uhr fiel der erste Schuß, um 3 1/2 Uhr war die Strecke gerichtet und ergab das in Hammer bisher noch niemals erreichte Resultat von 1 Stück Rothwild, 38 Schaafern, 55 Stück Damwild, 28 großen, 20 geringen Sauen und 1 Fuchs, zusammen 143 Stück Wild. Se. Majestät der Kaiser und König hatten Allerhöchstdieselben 5 Schaafer, 9 Stück Damwild und 13 Sauen erlegt.

Nachdem die Strecke abgelassen war, gerühten der Allerhöchste Jagdherr der lokalen Jäger einen anerkennenden Waidmanns-Dank auszusprechen und kehrten über Halbe, woselbst um 4 Uhr das Diner eingenommen ward, mittelst Ertrages wieder zurück. (Reichsanz.)

Berlin, 17. Decbr. [Der Compromiß über die Justizgesetze.] In allen Abgeordnetenkreisen herrscht begreiflicher Weise heute eine sehr erregte Stimmung in Folge des nunmehr abgeschlossenen Compromißes über die Justizgesetze. Es soll, wie nachträglich bekannt wird, die Erreichung der jetzigen Verständigungen nur den äußersten Bemühungen der Abgg. von Bennigsen, Laster und Miquel gelungen sein, Zugeständnisse von der Regierung zu erreichen. Seitens der letzteren wurden die Unterhandlungen von dem Justizminister Dr. Leonhardt als Bevollmächtigten des Reichskanzlers geführt. Heute Vormittag treten die Fractionen über die Ausgleichungsanträge in Verlesung; die letzteren werden heut Abend im Druck erscheinen. Im Wesentlichen ist also zugestanden: der Einführungsstermin mit dem 1. October 1880 falls, bis dahin auch das Gerichtskosten-gesetz zu Stande gebracht ist; die Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts, beziehungsweise des Reichsgerichts über die Beamtungsverfolgung, die Errichtung von Competenzgerichten durch landesherrliche Verordnung, die Ueberlassung der Verweisung der Presdelicte an die Geschworenen, an die Landesgesetzgebung, so daß also in Baiern und Baden alles bleibt, wie's war. — Außer den Nationalliberalen und den beiden Fractionen der Rechten stimmt die Hälfte oder vielleicht eine noch größere Zahl der aus 15 Mitgliedern bestehenden Gruppe Löwe für den Compromiß; die Majorität wird also in jedem Fall nur gering sein. Uebrigens wird nach Annahme der Compromißvorschlüge für die Gesamtabstimmung über die Justizgesetze eine neue Zusammenstellung derselben erforderlich werden und es möchte also die Schlußabstimmung vor Donnerstag nicht zu erwarten sein.

[Die Sonnabend-Sitzung des Reichstags] schloß bekanntlich mit einem heftigen persönlichen Rencontre zwischen den Abgg. Dr. Lucius (Erfurt) und Dr. Lamberger. Die Sache scheint eine ernste Wendung nehmen zu wollen. Herr Lucius entandte sofort den Grafen Frankenberg zu Lamberger, der sich in der Sitzung der Nationalliberalen befand, und es scheint dem Letzteren anheim gegeben, Schritte zur Zurücknahme seiner Äußerungen zu thun. In Abgeordnetenkreisen hat das Vorgehen von einer wie von der anderen Seite peinliches Aufsehen gemacht. Alle Mitglieder der von Herrn Lucius angegriffenen Commission geben Lamberger das Zeugnis, daß er an seinem Theil Alles zu thun bemüht war, um das Retorsionsgesetz zur Plenardebatte zu bringen, und also allerdings den Vorwurf absichtlicher Verzögerung der Sache wohl zurückweisen konnte.

H. T. B. [Das Zustandekommen der Justizgesetze] darf als bereits gesichert betrachtet werden, da die Führer des linken und des rechten Flügels der Nationalliberalen sich dahin verständigt haben, auf die Competenz der Schwurgerichte für Pressdelicte, die Beseitigung des Anlagemonopols der Staatsanwaltschaft und des Zeugniszwanges der Redacteurs zu verzichten und der Bundesrath dagegen in den übrigen Punkten erhebliche Zugeständnisse zu machen bereit ist.

[Von dem Abgeordneten Schröder (Pippstadt)] wird die „Germ.“ um Abdruck der nachstehenden Erklärung ersucht: „Die „Post“ bringt in Nr. 296 als Nachtrag zu anderen mehr oder minder salbungsvollen Ergüssen officier Feder die neue „Entbüllung“ daß in dem Proceß Reich contra Edellenberg wegen des bekannten Schmäherartikels gegen ersteren der Zeuge Grünwald auch ausgesagt habe, daß Joachim-Geslhen auch mit dem Reichstagsabgeordneten Schröder-Pippstadt im Verlebe gestanden habe.

Die Thatsache ist vollkommen richtig. Nur daß ich geeignet, einen ganz falschen Eindruck zu machen, daß die Thatsache gleichsam wie ein plötzlich entdecktes, bisher sorgfältig gehütetes compromittirendes Geheimniß bekannt gemacht wird.

Ich habe Herrn Geslhen bis in den letzten Tagen von seiner Flucht, also etwa bis 1. oder 2. December mehrfach nicht bloß in meiner Wohnung, sondern auch an dritten Orten, z. B. in den Vorhallen des Reichstages — wenn er mich sprechen wollte, ganz öffentlich empfangen.

Es war mir niemals etwas Nachtheiliges über zc. Geslhen bekannt geworden, wohl aber befand sich derselbe zu der Zeit, als er noch verantwortlicher Redacteur der „Eisenbahnzeitung“ war, mehrfach in Verfolgung wegen Presdelicten. Ich erinnere mich speciell einer Untersuchung wegen eines von ihm selbst verfassten Artikels, in welchem Bismarckbeleidigung gefunden wurde, und einer Reihe von Artikeln, die von einem Actionär der „rumänischen“ Eisenbahngesellschaft Namens Hekling verfaßt waren, wegen der er aber auch Redacteur mitangeklagt war.

Nachdem zc. Geslhen sodann die Redaction niedergelegt hatte, war er bis in die neueste Zeit verfolgt durch ein Zeugniszwangsverfahren der allernuungenehmsten Art. Die Befürchtung, in diesem Verfahren schließlich zur Gajt gebracht zu werden, mag wohl auch die Veranlassung zu seiner Flucht

gewesen sein, denn der Schmähtitel gegen Director Reich war ja damals noch gar nicht erschienen.

Genug, in diesen früheren Untersuchungen sowohl als in dem letzten Zeugniszwangsverfahren wandte sich Herr Gehlhen mehrfach an mich mit dem Ersuchen um juristischen Beirath über die beste Art und Weise seine Vertheidigung zu leiten. Ich habe stets bereitwilligst mündlich und auch schriftlich seinem Ansuchen gewillfahrt. Das erwähnte Zeugniszwangsverfahren war das erste, welches ich in praxi durch alle Phasen verfolgt habe. Es war mir sehr interessant, insofern sich meine Anschauung — daß dies Verfahren gegen Mitarbeiter der Presse so schleunigst als möglich abgeschafft werden müsse — vollends befestigte.

Ueberhaupt ist es ja vollkommen bekannt, wie ich seit Niederlegung meines Amtes einen erheblichen Theil meiner freien Zeit darauf verwendet, Angelegenheiten in Press- und politischen oder Culturkampfvergehen bei ihrer Vertheidigung durch juristischen Rath mündlich und schriftlich zur Seite zu stehen.

Diese Thätigkeit macht mir um so mehr Freude, als ich einerseits weiß, wie schwer es oftmals gerade für solche Angelegte ist, einen Rechtsanwalt zu finden, der Zeit und Lust hat, sich gründlich mit ihren Sachen zu befassen, und als andererseits die Verhältnisse es mir erlauben, diese Thätigkeit nicht etwa geschäftsmäßig des Ermerbes wegen, sondern in allen Fällen gratis zu üben. Berlin, den 15. December 1876.

Schröder,

Rechtsanwalt a. D., Mitglied des Reichstages für Lippstadt-Brilon. [Sr. Maj. Kanonenboot „Nautilus“,] welches am 26. October cr. Hongkong verlassen hatte, ankerte am 27. October Abends in Hope-Bay, traf am 28. October früh im Hafen von Swatow ein, ging von dort am 30. October wieder in See und ankerte, unter Anlaufen der Bucht von Tongsan, am 1. November im Hafen von Amoy.

**Posen, 17. Dec. [Polen-Vereine.]** Wo sich in irgend einer deutschen Stadt eine wenn auch noch so geringe Zahl Polen zusammenfindet, schließen sie sich sogleich zu einem fest organisierten Verein zusammen. Größere Polvereine bestehen in vielen deutschen Universitätsstädten, namentlich in Berlin, Breslau, Greifswald, Leipzig, München, außerdem in Dresden, Hannover, Aachen u. s. w. Auch in Danzig, wo das polnische Element bisher kaum bemerkbar war, hat sich neuerdings ein Polverein gebildet, dessen Vorsteher junge Commis und dessen Mitglieder fast ausschließlich kleine Handwerker sind. In einem von sämmtlichen hiesigen polnischen Blättern veröffentlichten Aufruf zur Unterstützung des neuen Vereins kennzeichnet der Vorstand die Zwecke desselben in folgender Weise:

„Um dem Fortschritt der Germanisation einen Damm entgegenzusetzen, einen öffentlichen Beweis von der Lebensfähigkeit unserer Nation zu geben und den Landsleuten zu zeigen, daß auch an den Ufern der Ostsee der polnische Geist nicht erloschen, vielmehr trotz aller Verdrückung und Verfolgung von patriotischer Begeisterung erfüllt ist, haben wir, obgleich die Handvoll hier in Danzig angelegener Polen zerstreut und sich selbst überlassen und daher allen Angriffen Seitens des uns feindlichen Elements hilflos preisgegeben war, nach dem Vorgange anderer Städte mit ungebrochener Begeisterung einen Polverein unter dem Namen „Gniewo“ (Gniew in einer Kette) gegründet, der dafür sorgen wird, daß die Spuren des alten Polenthums hier nicht verwischt werden.“

### Desterreich.

**Wien, 16. Decbr. [Die Januarcoupons der Actien.]** Wie die „Presse“ meldet, hat der Verwaltungsrath der Albrechtsbahn beschlossen, den Januarcoupon der Actien vorläufig nicht einzulösen und die Entscheidung darüber der Generalversammlung vorzubehalten. — Das Usancocomite der Börsenkammer hat beschlossen, daß bei den mit Zinsen gehandelten Effecten, deren Januarcoupon nicht eingelöst wird, der Zinsbetrag bis zum Ende des Jahres dem Course zugeschlagen werden soll.

### Frankreich.

**Paris, 15. Decbr. [Aus der Deputirtenkammer.]** Beendigung der Discussion über das Einnahme-Budget. — Aus dem Senat. — Die Erklärung des Ministerpräsidenten. — Zustimmung der Gambetta'schen „Republique“ zu derselben. — Herr Welche. — Zur orientalischen Crisis.] Die Erklärung Jules Simon's war das einzige interessante parlamentarische Begebniß des gestrigen Tages. Nach Anhörung desselben schloß die Kammer endlich die Generaldiscussion des Einnahmebudgets und ging an die Specialdebatte, welche rasch zu Ende geführt sein wird. Im Senat wurde die Sitzung erst eröffnet, nachdem der Conceil-Präsident erschienen war, um auch hier die Absichten der Regierung darzulegen. Er that das in denselben Worten, die er in der Kammer gebraucht hatte, und da er vor den Deputirten nicht etwa die Erklärung verlesen, sondern frei gesprochen hatte, so wartete er ab, daß ihm die Senographen den Text überbrachten, den er dann dem Senat vorlas. Auch in der oberen Kammer applaudirte die Linke lebhaft; die Rechte hörte schweigend zu und nur bei dem Lobe Dufaure's wurde ein vereinzeltes Bravo in ihren Reihen laut. Hierauf votirte der Senat einige Specialgesetze und beschloß, am Dienstag mit der Budgetdiscussion zu beginnen. In den Couloirs des Versailles Palastes und bei der Rückkehr der Deputirten nach Paris war natürlich nur von der Kundgebung des Cabinets die Rede. Ihre Wirkung war eine vortreffliche, und das begreift sich. Jules Simon's Erklärung schloß die Cabinetstheorie ganz im Sinne der republikanischen Mehrheit ab. Das bekannte Programm der Linken bildet die Grundlage des ministeriellen Programms, der neue Cabinet's - Chef verspricht auf's Entschiedenste, nach den wahren parlamentarischen Regeln zu regieren; er verspricht, die Beamten aller Grade zur Achtung für die Republik und zum Gehorsam zu zwingen und solchergestalt die Einheit der Verwaltung herzustellen, die sich bisher stets hat vermischen lassen; er proclamiert endlich den von dem bisherigen Ministerium misachteten Grundsatz der Gewissensfreiheit in solcher Art, daß sich erwarten läßt, die Vorfälle, welche die Crisis herbeiführten, werden sich nicht wiederholen. Der Linken ist also in allen Stücken Genugthuung geworden, und doch von der Erklärung Jules Simon's so gehalten, daß den Feinden der Verfassung nicht der kleinste Vorwand zu einem Protest geboten wurde. Die republikanischen Blätter sind denn auch des Lobes voll, und die Gambetta'sche „Republique“ giebt heute ihre unbedingte Zustimmung. Sie fügt hinzu: „Der Conceil-Präsident hat also sehr gut gesprochen, was Niemanden in Erstaunen versetzen konnte. Wir sagen nicht, daß man jetzt seine Handlungen erwarten muß, denn es wäre ungerecht, diese feste Erklärung nicht an sich selbst schon als eine Handlung zu betrachten, welche das Cabinet verpflichtet. Was schon jetzt daraus hervorgeht, ist, daß J. Simon die Wirklichkeit der Gewalt hat, daß seine Unabhängigkeit und seine Actionsfreiheit vollständig sind, daß seine Politik von seinen Collegen und von dem Staatsoberhaupt angenommen wird. Diese Erklärungen lassen uns eine wahrhaft neue Aera erwarten. Jules Simon hatte Recht zu sagen, daß sie ein Programm überflüssig machen. Dies Programm ist vorgezeichnet nicht nur durch die bekannten Meinungen des Redners, sondern auch besonders durch seinen festen Entschluß, sich im Einvernehmen mit der Mehrheit zu erhalten. Jules Simon wird sich also in dieser normalen Lage befinden (welche schon lange nicht mehr die seiner Vorgänger gewesen), daß er ohne Ungerechtigkeit die Verantwortlichkeit der Regierung tragen kann, da er die freie Leitung derselben hat.“ Die Schlussbemerkung der „Republique“ hat, wie man merkt, einen Beigeschmack der Drohung für den Fall, daß Jules Simon vom rechten Wege abweichen sollte. Der „Appel“, der die äußerste Linke vertritt, erklärt gleichfalls, daß J. Simon der Mehrheit und der öffentlichen Meinung eine wahrhafte Genugthuung

gegeben habe. Seine Worte seien höchst geeignet, den Gemüthern die Ruhe und die Sicherheit wiederzugeben, welche das Land verlangt und welche das neue Ministerium ihm geben will. Das „Siecle“, welches unter J. Simon's persönlicher Leitung steht und somit jetzt ein officiöses Blatt geworden ist, bekundet natürlich das größte Vertrauen in die Zukunft. Nur in dem ultraradicalen „Droit de l'homme“ findet sich eine abweichende Note. — Dufaure wohnte gestern der Sitzung des Senats bei; er hat seinen Platz im rechten Centrum gewählt. Der neue Justizminister Mariel ist von seinem Unwohlsein ziemlich hergestellt und man sagt, daß er heute sein Ministerium übernehmen wird. In Erwartung der Veränderungen, die J. Simon im Verwaltungspersonal beabsichtigt, schicken sich schon einige Präfecten an, ihre Entlassung zu geben. So geht das Gerücht von dem Rücktritt des Präfecten Welche in Lyon, dessen Stellung den Republikanern dieser Stadt gegenüber sich kennlich sehr verschlechtert hat. — Der Berichterstatter des „Moniteur“ in Konstantinopel hat nun auch eine Unterredung mit dem General Ignatieff gehabt, wovon er eingehend in seinem Blatte erzählt. Man lernt aus ihr nicht viel Neues; gerade in dem wesentlichen Punkt, über welchen der Correspondent den russischen Botschafter auszufragen sich erlaubte, die Lage der Occupation Bulgariens, beobachtet derselbe diplomatisches Schweigen. „Wir wollen zweierlei, antwortete er bloß; wir wollen die Ermordung der Christen verhindern und die Muselmänner entwaffnen. Wir werden, meine Kollegen und ich, das beste Mittel suchen, diese beiden Resultate zu erreichen.“ Dagegen unterhielt Ignatieff den Correspondenten ausführlich über die Geschichte von Midhat Pascha's Verfassungsproject, worüber er sich sehr lustig machte. Er erzählte, wie der Reiche nach der Sultan, der Großvezier und die Minister aus diesem Project gestrichen hätten, was ihnen unangenehm war, so daß schließlich nur Fegem übrig geblieben seien. Er erzählte, wie schwer es sei, mit den Ministern der hohen Pforte zu verhandeln, und daß nie eine bestimmte Antwort von ihnen zu erhalten sei. So hätte er, der Botschafter, bei den Unterhandlungen betr. eines Waffenstillstandes schließlich dem Großvezier sagen müssen: „Wenn ich eine Kage verlange, bieten Sie mir einen Hund an; wenn ich einen Hund brauche, bieten Sie mir ein Pferd, und wenn ich ein Pferd haben will, sind Sie schnell mit einem Kameel bei der Hand. Um Alles willen, geben Sie mir einen Hund, wenn ich einen Hund verlange.“ Auf solche Weise wäre endlich der Waffenstillstand zu Stande gekommen u. s. w.

**Paris, 14. December, Abends. [Die Erklärung Jules Simon's.]** — Wechsel in der Beamtenschaft. — Zur Weltausstellung. — Zur orientalischen Crisis.] Jules Simon hat heute in der Kammer die erwartete Erklärung des neuen Cabinet's abgegeben. Der Inhalt derselben war Vormittags im Ministerrath vereinbart worden, aber Jules Simon theilte schon gestern Abend den Präsidenten der drei republikanischen Gruppen den Sinn seiner Erklärung mit, welcher gebilligt wurde, Gambetta wohnte dieser Konferenz nicht bei. Mit folgenden Worten wandte der Conceilpräsident sich an die Landes-Vertreter: „M. S. ! Sie wissen, daß der Präsident der Republik mir die Leitung des Ministeriums des Innern anvertraut hat, indem er gleichzeitig Herrn Martel zum Justizminister ernannte. Der Rücktritt der Herren Dufaure und de Marcère löst uns ein Bedauern ein, welches von der Kammer und vom Lande getheilt werden wird. (Beifall links.) Indem ich als Conceilpräsident einem Manne folge, welcher dem französischen Advocatenstande und der französischen Tribüne zu so hoher Ehre gereicht, fühle ich lebhafter als irgend Jemand den Verlust, welchen das Cabinet erlitten hat. Ich bringe Ihnen kein Programm. Sie bedürfen desselben weder für mich, der ich seit so langer Zeit am politischen Leben theilnahm, noch für meinen Freund Martel, noch für die früheren Minister. Ich bin, Sie wissen es, durchaus republikanisch (Beifall links) und durchaus conservativ gesinnt (Beifall links und rechts); ich bin meiner ganzen Ueberzeugung nach, durch alle Stadien meines Lebens durchaus den Grundsätzen der Gewissensfreiheit ergeben (Beifall links) und für die Religion von aufrichtiger Achtung besetzt. (Neuer Beifall.) Das Cabinet, welches Sie vor sich haben, ist parlamentarisch und will es bleiben. (Lebhafter Beifall.) Wir haben darin nur dem Beispiel zu folgen, welches uns von dem ersten Beamten der Republik gegeben wird. Dieser ist bei jeder Gelegenheit bemüht, auf das Genaueste den Grundsätzen der constitutionellen Regierung nachzuhandeln (Lebhafter Beifall.) Wir sind einzig unter uns und in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Parlament's. (Sehr gut!) Wir wollen, wie diese Mehrheit, die Aufrechterhaltung, die definitive Befestigung der republikanischen Verfassung, welche Frankreich sich gegeben hat. (Beifall.) Von diesem Geiste durchdrungen, glauben wir, m. S., daß wir den verschiedenen Verwaltungszweigen eine solche Einheit geben werden, daß sie, weit entfernt, einander zu beeinträchtigen, sich vielmehr eine gegenseitige Unterstützung behufs Vollerbringung eines gemeinsamen Werkes leisten werden. Damit die Freiheit eine Wahrheit sei, muß die Regierung eine starke sein, und sie kann nur stark sein, wenn sie nicht in sich selbst getheilt ist. (Beifall.) Es genügt nicht, daß die Beamten von der höchsten Stufe bis zur niedrigsten pünktlich die ihnen zugegangenen Befehle ausführen und fest und nachsam auf die Ausführung aller Befehle achten: sie müssen außerdem durch ihre Handlungen, durch ihre Haltung und ihre Sprache das Beispiel der Achtung vor der Regierung, deren Agenten sie sind, geben. (Anhaltender Beifall.) Wir haben, m. S., den unerschütterlichen Entschluß, hierauf zu halten. (Neuer Beifall.) Frankreich will Sicherheit und Ruhe; es will keine Agitationen mehr. (Sehr gut!) Wenn es in Ruhe und Frieden arbeiten will, so wollen wir ihm eben diese Ruhe und diesen Frieden geben und ich habe die Ueberzeugung, daß wir mit der Unterstützung, um die wir Sie ersuchen, gegen diese patriotische Aufgabe nicht verstoßen werden.“ (Beifall.) — Martel, der heute Morgen den Besuch Mac Mahon's empfing, hat jetzt definitiv das Portefeuille der Justiz angenommen. Wie man behauptet, bestand der letzte Regierungsrath Dufaure's darin, daß er das mehrfach erwähnte Urtheil des Gerichtshofes von Besançon dem Cassationshof überwies hat. Die neue Zusammensetzung des Cabinet's wird auch unter den höheren Verwaltungsbeamten mehrfache Veränderungen zur Folge haben. Der Unterstaats-Secretair im Ministerium des Innern, Faye, hat sofort nach dem Rücktritt de Marcère's seine Entlassung eingereicht; sein Posten wird wahrscheinlich nicht wieder besetzt werden. Der Director des Pressbureau's, Pessard, ist, wie schon gemeldet, gleichfalls zurückgetreten und wird zum Nachfolger den ehemaligen Redacteur der „Presse“, Massicault, erhalten. Zu gleicher Zeit tritt sehr bestimmt das Gerücht von der Demission Ferd. Duval's auf; als zukünftigen Seine-Präfecten nennt man Hérod — Mitglied der Linken des Senats — und Hérisson — Präsidenten des Pariser Gemeinderaths und ebenfalls Republikaner. — Man behauptet, daß England und Rußland die französische Regierung auf das Dringendste ersucht hätten, die Ausstellung von 1878 hinauszuschieben. — Die „Débats“ machen sich heute lustig über den englischen Diplomaten zugesprochenen Plan, die Occupation Bulgariens durch belgische und schweizerische Truppen vornehmen zu lassen. „Der wahre Plan des Marquis von Salisbury, sagen sie, besteht, wenn wir gut unterrichtet sind, in der Bildung einer Art internationaler Gendarmrie

in der Türkei, einer Gendarmrie, welche aus freiwillichen Truppen im Solde und unter dem Befehl der Türkei zusammengesetzt würde. Die Vertheidiger dieses Projectes citiren das Beispiel unserer Fremdenlegion, sowie der zahlreichen Corps von Schweizern und Schotten, welche unter dem alten Regime ihre Arme und Waffen den großen Staaten zur Verfügung stellten. Es läge nichts Entehrendes für die Pforte darin, daß sie in eine Einrichtung willigte, welche noch im letzten Jahrhundert bei den civilisirtesten Nationen im Gebrauch war. Wenn der General Ignatieff diese Combination annimmt, so muß man anerkennen, daß er endlich eine versöhnliche Gesinnung zeigt und daß die der russischen Sache ergebenen Journale uns nicht getäuscht haben, indem sie mittheilten, das Petersburger Cabinet werde aus der Occupation nicht eine conditio sine qua non machen.“

## Provincial-Beitung.

\* **Breslau, 18. Decbr. [Jagdresultat.]** Aus Beuthen O. S. meldet die „Grenzpost“. Bei einer am 13. d. M. in einem Theile der Schomberger Fasanerie abgehaltenen Jagd, wurden erlegt: 202 Fasanenbühne und 38 Hahnen.

† **Köwenberg, 16. Decbr. [Fages-Notizen.]** Zum Besten hiesiger Wohltätigkeitsanstalten gab am vergangenen Donnerstag die Gesellschaft „Harmonie“ eine öffentliche Theaterdarstellung. Zur Aufführung gelangte „Moris Schindler“, „der Weiberfeind“ und „Das bin ich“. Den verehrten Mitgliedern gelang es durch ihr wirklich exactes Zusammenspiel und verständiges Auffassen ihrer Rollen sich des reichsten Beifalls des sehr zahlreichen Publikums zu erwerben. Namentlich brillirte im „Weiberfeind“ Frau Hotelbesitzer Broedel sowohl durch ihr geradezu künstlerisches Spiel, als auch durch ihren Gesang. Es wurde eine Einnahme von ca. 240 M. erzielt, welche Summe nach Abzug der Kosten dem hiesigen St. Hedwigsstifte, dem Rettungsbau und dem allgemeinen Frauenverein zu Gute kommen soll. — Am 26. Januar t. J. findet in dem ehemaligen Fürstlich-Sobensollern'schen Concert-Saale eine musikalische Soiree zum Besten des Kreis-Krieger-Deutmals statt. — Am 15. d. Mts. beging Herr Pastor emer. Förster seinen 90. Geburtstag. Am Abende versammelten sich die Mitglieder der hiesigen Loge zu einem solennem Festessen, um im engeren Birken den Ehrentag dieses altbewährten Meisters zu begehen. — Gestern fand die officielle Einführung des Kaufmanns Julius Wegig als Mitglied des Magistrats-Collegiums statt.

§ **Hirschberg, 16. Dec. [Wechselscheidung.]** — Lehrerbau. — Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Am vorigen Montag wurde ein hiesiger Geschäftsmann wegen Wechselscheidung verhaftet. — Am Donnerstag wurden Seitens des hiesigen Magistrats gewählt: Lehrer Höpne aus Bunzlau als dritter Elementarlehrer der höheren Mädchen-Schule und Lehrer Meinicke aus Krummen im Ost-Pabelande als neuer Lehrer an der eb. Volksschule hieselbst. — In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung lagen die magistratlichen Anträge vor: 1) Den Rammerei-Stat vom 1. Januar 1877 bis 31. März 1878 in Einnahme und Ausgabe auf 233,839 Mark festzusetzen und ebenso die 12 beifügten Special-Stats zu genehmigen; 2) die Forterhebung eines Zuschlages von 120 pCt. zur Klassen- und Einkommensteuer als Communalsteuer, sowie 3) die Erhebung eines Communalsteuer-Zuschlages von 50 pCt. zur Grund- und Gebäudesteuer zu bewilligen. Die Versammlung genehmigte den letzten Antrag mit 16 gegen 15 Stimmen, trat sodann dem Antrage ad 2 bei und entschied sich bezüglich des Stats für einige Modificationen, welche einerseits in der Streichung einiger Gehaltserhöhungen, andererseits aber in der Wiederaufnahme einer von der Finanz-Commission abgelehnten Ausgabe für die Wasserleitung und in einer Erhöhung des Stats der Volksschule bestanden. — Den Verhandlungen folgte eine geheime Sitzung, in welcher in Folge eines aus der Mitte der Versammlung herbeigekommenen Antrages beschlossen wurde, durch persönliche Julagen das Gehalt des Hrn. Bürgermeisters Passenge mit 4500 Mark auf 5000 Mark, das des Hrn. Rammerei-Göbel von 3300 auf 3660 und das des Hrn. Stadtbaurath Röcklein von 3000 auf 3300 Mark zu erhöhen.

¶ **A. Neurode, 15. Decbr. [Verschiedenes.]** Die Wohltätigkeits-Vorstellung, welche am vergangenen Sonntag in unserem Theater stattfand, hatte ein sehr reiches Publikum herbeigeführt. Der Moser'sche Schwanz: „Das Stütsungsfest“ wurde recht gut zur Darstellung gebracht. — Wie wir hören, läßt Herr Caspari durch einen Breslauer Maler seinen Saal renoviren; es ist dies um so erfreulicher, da innerhalb der Stadt keine geeignete Localität für größere gefellige Vergnügungen existirt. Das „Deutsche Haus“ soll im Frühjahr umgebaut und mit schönen, modernen Räumlichkeiten, darunter ebenfalls ein Saal, versehen werden. — In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins hielt Herr Bergmeister Kahlen einen Vortrag über die „Crisis in unserer Eisen- und Stahl-Industrie“, der mit vielem Beifall aufgenommen wurde. — Die Socialdemokraten der Kreise Neurode und Reichenbach entwickelten eine ganz außerordentliche Thätigkeit. Vor kurzem ist eine für den Zimmerer Kapell Propaganda machende Flugchrift in einer Masse von Exemplaren verbreitet worden, welche in sehr scharfen, ziellosen Töne gegen die Regierung, den Militarismus, die Bourgeoisie und die liberale Presse zu Felde zieht, indem sie zugleich Gelegenheit nimmt, für die neu aufgetauchte „Wahrheit“ in Breslau, als das einzig wahre und echte Volksorgan, zu wirken. — Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß in einigen Wochen unser Bahnbau um einen Schritt weiter rückt. Es soll nämlich die Strecke Koblendorfer-Scharfeneck in Angriff genommen werden. Am vorigen Montag wurde vom hiesigen liberalen Wahlverein eine Versammlung abgehalten, in der man sich über die Wiederwahl des Herrn Dr. Weßky schlüssig machte. — Einen neuen Beweis für die Unerschämtheit der Veitler liefert Folgendes: Einer von diesen Subjecten kam zu einer Frau, die ihn mit den Worten: „Sie könne ihm nichts geben“, abwieß. Nach kurzer Zeit kam der Ströck wieder und warf der erdredeten Frau eine Semmel auf den Tisch mit den Worten: „Da Sie Nichts haben, so will ich Ihnen etwas schenken.“ Ein Anderer, der erfolglos an die Wildbergezeit eines hiesigen Bürger's appellirte, reichte demselben mit vermishtem Gesicht einen Reichspfeinig!

§ **Bernstadt, 17. Dec. [Grober Crech.]** Zwei hiesige Bürger, der Schuhmachermeister B. und der Barbier A., befanden sich am Sonnabend, den 9. d. M., Nachmittag, in dem benachbarten Dorfe Klein-Fölling und empfing Ersterer in dem Wirthshause daselbst für gelieferte Arbeit Geld. Als die Genannten des Abends nach Hause gingen, wurden sie auf dem Wege nach der Stadt unweit vom Dorfe in der tiefsten Dunkelheit plötzlich von drei Personen überfallen und so stark mit Schlägen tractirt, daß beide ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten und einige Tage an der Ausübung ihres Berufs gehindert waren; insbesondere ist K. dabei sehr schlecht weggekommen, dessen linkes Auge stark lädirt ist, so daß able Folgen für die Dauer zu befürchten sind. Es hat sich bereits herausgestellt, daß vier Knechte aus genanntem Dorfe die Thäter waren. Dieselben befanden sich zur Zeit im Wirthshause, als dem B. das Geld ausgegahlt wurde und es liegt die Vermuthung nahe, daß der Ueberfall eine Verabredung zum Zwecke hatte, die allerdings nicht gelang, da es dem B. möglich wurde, sich durch die Flucht derselben zu entziehen. Durch die hiesigen Siderheitsbehörden ist die ganze Angelegenheit bereits der königl. Staatsanwaltschaft in Delz zur Anzeige gebracht worden, und sehen die Excedenten der gerechten Strafe entgegen.

¶ **Schwientow, 15. Dec. [Rundschau im Süden des Beuthener Kreises.]** Ueber den für die Reichstagswahl aufzustellenden Candidaten ist im Allgemeinen hier nichts Näheres bekannt. Man nennt den Obrist-Lieutenant von Thiele-Wintler, und wäre man mit dieser Wahl vollständig einverstanden. Die jungen Kriegervereine im Bezirke, in Seyditz und Lüne, sind auf guten Boden gerathen, dies bezeugt die zunehmende Mitgliederzahl. Auch haben sie in der Wahl, ihres zweiten Vorstandes keinen Fehlgrieff gethan. — Kirche und Schule kommen ebenfalls zur Geltung. — Die Gemeinde „Beuthener Schwarzwalde“ hat kein Gotteshaus, sondern die Markt-Schles. Maschinenbau- und Hütten-Actien-Gesellschaft hat der genannten Gemeinde eine Kapelle zur Benutzung überlassen. — Für das Bedürfnis ist dieselbe aber nicht ausreichend, und es sind die Kirchengräber zusammengetreten und haben eine Staatshilfe zum Bau eines Gotteshauses, da die Gemeinde sehr arm, nachgesucht. Der großen Fürsorglichkeit des Herrn Landrath von Witten ist es auch gelungen, eine solche zu erhalten, und freut sich die Gemeinde recht sehr, doch bald ein eigenes Gotteshaus besitzen zu können. Ebenso werden in mehreren Hüttenorten im Kreise t. Jahr große Schulhäuser erbaut werden. Bedauerlich bleibt aber der große Lehrerwechsel, der dem Herrn Kreis-Schul-Inspector nicht wenig Mühe verursacht, zumal neue Kräfte schwer heranzuziehen sind. Woran das liegt, ist zu erörtern wohl nicht erst notwendig. Was das Sanitätswesen anlangt, so wird am 1. April eine Apotheke hier eröffnet werden. Der Gesundheitszustand ist gegenwärtig noch



Table of exchange rates (Wechsel-Cours) for various locations including London, Paris, and Vienna.

Table of railway stock prices (Eisenbahn-Stamm-Actien) for various lines like Berlin-Anhalt, Berlin-Dresden, and Berlin-Hamburg.

Table of bank notes (Bank-Papiere) from various banks such as Deutsche Bank, Anglo-Deutsche Bank, and others.

Table of foreign funds (Ausländische Fonds) including bonds and securities from various countries.

Table of mortgage certificates (Hypotheken-Certificate) for various properties and loans.

Table of railway stock prices (Eisenbahn-Prioritäts-Actien) for various railway lines.

Introductory text for the market report, mentioning the date and location.

Section header: Fonds- und Geld-Cours.

Section header: Wechsel-Cours.

Section header: Eisenbahn-Stamm-Actien.

Section header: Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Section header: Bank-Papiere.

Section header: Ausländische Fonds.

Section header: Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Section header: Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Section header: Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Article titled 'Der Schusterjunge' (The Shoemaker's Apprentice) by Benno von Donat.

Article titled 'Nussen und Engländer' (Nuts and Englishmen) by Benno von Donat.

Article titled 'Ein alter Prinz' (An Old Prince) by Benno von Donat.

Advertisement for Theodor Lichtenberg, Kunsthandlung (Art Dealer).

Advertisement for Makart-Ausstellung (Makart Exhibition).

Advertisement for Stadt-Theater (City Theater).

Advertisement for Wau! Wau! (Woof! Woof!).

Advertisement for Lobe-Theater (Lobe Theater).

Advertisement for Thalia-Theater (Thalia Theater).

Advertisement for Circus Renz, featuring a performance on Monday, December 18th.

Advertisement for Grobes Chinesisches Fest (Great Chinese Festival).

Advertisement for Für Weihnachts-Anzeigen (For Christmas Advertisements).

Advertisement for Visitenkarten, Monogramme, Wappen, and Wappentafeln.

Advertisement for Weihnachts-Ausverkauf (Christmas Sale).

Advertisement for M. Wolff, 57. Albrechtsstraße 57.

Advertisement for Attrappen, Attrappen, Attrappen! (Imitations, Imitations, Imitations!).

Advertisement for Steppdecken (Quilted Blankets).

Advertisement for Gut regulirte Uhren (Well-regulated Clocks).

Large advertisement for Anfertigung von... (Manufacturing of...).